

16.03.2010

Presseinformation

- **Hauptpersonalrat fordert pünktliche Bezahlung der Vertretungskräfte an den Berliner Schulen**
- **Lehrerinnen und Lehrer warten monatelang auf ihre Bezahlung**
- **In einem Offenen Brief an Senator Prof. Dr. Zöllner fordert der Hauptpersonalrat, diesen Missstand sofort abzustellen**

In einem Offenen Brief vom heutigen Tag fordert der Hauptpersonalrat des Landes Berlin den Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Herrn Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner auf, endlich für die pünktliche und tariflich korrekte Bezahlung aller Beschäftigten an den Berliner Schulen zu sorgen.

Viele der aus den Vertretungsmitteln jeder Schule befristet eingestellten Vertretungslehrkräfte warten oft Wochen und Monate vergeblich auf die Überweisung ihrer Vergütung auf ihr Girokonto. Über 800 Vertretungskräfte gibt es an den Berliner Schulen und viele von ihnen wenden sich immer wieder an ihre örtlichen Personalvertretungen, da sie – trotz Arbeitsleistung – keine Vergütung erhalten haben. Mehrere Dutzend haben sich auch schon rechtlich beraten lassen und überlegen, ob sie den Senat verklagen sollen.

Der Hauptpersonalrat sieht in der nicht ausreichenden Schulung von Schulleitungen und der ungenügenden Personalausstattung im Personalservice der Bildungsverwaltung die Ursache des Übels. Darüber hinaus erscheint es dem Hauptpersonalrat als sinnvoll den gesamten Verwaltungsablauf zu überprüfen.

Anlage: Offener Brief des HPR Land Berlin an Senator Prof. Dr. Zöllner

Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten
des Landes Berlin



Hauptpersonalrat, Klosterstr. 47, 10179 Berlin

www.hauptpersonalrat.berlin.de
hpr@hpr.berlin.de

Herrn Senator für
Bildung, Wissenschaft und Forschung
Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner

Vorab per Fax

GeschZ.
(bei Antwort bitte angeben)
00/32/2010 Ues/Zi

Bearbeitung
Kollegin Uesseler-
Gothow

Zimmer
1423

Telefon 9027-2287
Telefax 9027-2051
Intern 927

Datum
16.03.2010

Offener Brief:

Hauptpersonalrat fordert pünktliche Bezahlung der Vertretungskräfte an den Berliner Schulen

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner,

wann war Ihre letzte Besoldungszahlung auf dem Konto? Sicher spätestens am 26. Februar, und zwar schon für den Monat März 2010. Dies ist rechtlich auch korrekt.

Und die Vergütung der fast 800 befristet beschäftigten Vertretungslehrkräfte, die mal für Wochen, mal für Monate, in der Regel aber für einen ungewissen Zeitraum im Berliner Schuldienst tätig sind? Abgesehen davon, dass sie ihr Geld sowieso erst nach getaner Arbeit zum Monatsende erwarten dürfen, haben viele, die bereits seit Anfang Januar beschäftigt sind, bis heute noch keinen Cent erhalten.

Manche, die bereits den dritten Kurzvertrag haben, warten noch auf die Bezahlung aus dem ersten. Und manche sind schon gar nicht mehr beschäftigt und warten immer noch. Das sind leider keine extremen Einzelfälle, nahezu täglich werden Personalräte von ziemlich verzweifelten Kolleginnen und Kollegen angerufen, die nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, die sich schon Geld von Freunden, Eltern, sogar den eigenen Kindern geborgt haben, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Pädagogen sollen und müssen zwar viel Idealismus aufbringen, leben können sie davon nicht. Überlastete, arbeitsrechtlich nicht ausreichend geschulte Schulleitungen und der personell stark unterausgestattete Personalservice werden mit der Flut von Kurzzeitverträgen, Vertragsänderungen und –verlängerungen, wechselnden

Verkehrsverbindungen:
U-Bahn Klosterstraße
U-/S-Bahn Alexanderplatz und Jannowitzbrücke (mit Fußweg)

Seite 1 von 2

Befristungsgründen und plötzlichen Vertragsbeendigungen nicht mehr fertig. Die Wege zwischen rund 800 Schulen und dem Personalservice in der Flottenstraße sind lang und offensichtlich in vergleichbar miserablen Zustand wie die öffentlichen Straßen in Berlin.

Auch längerfristig oder unbefristet eingestellte Kolleginnen und Kollegen müssen Nachteile befürchten:

Trotz abschließender gerichtlicher Klärung gelingt es in der übergroßen Mehrzahl der Fälle Ihrer Verwaltung nicht, die der Mitbestimmung unterliegende Eingruppierung rechtzeitig den Personalvertretungen vorzulegen. Oft erfolgt die Vorlage erst Monate später und ist korrekturbedürftig. Vorenthaltene Bezüge können von den Betroffenen aber nur sechs Monate rückwirkend nachgefordert werden.

Das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass Arbeitnehmer, wenn sie ihren Lohn nicht erhalten, fristlos kündigen und eine Abfindung verlangen können. Nun wissen Sie und Ihre Verwaltung sehr gut, dass die Betroffenen genau das nicht tun werden. Viele sind darauf angewiesen, ein Einkommen mit Fristverträgen zu erzielen, viele hoffen, dass sie doch irgendwann dauerhaft beschäftigt werden. Wer in einer Zwangslage ist, haut nicht so gerne auf den Tisch.

Herr Senator, stellen Sie diesen unhaltbaren Zustand ab, bevor er zum Skandal wird. Verstärken Sie den Personalservice Ihrer Verwaltung. Sorgen Sie dafür, dass ab sofort im Berliner Schulwesen nicht nur viel und unter belastenden Bedingungen gearbeitet, sondern auch pünktlich und korrekt bezahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Januszewski



Hanke